



Universität Hamburg  
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Sebastian Przetak

# Ungleichheit im Rahmen wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Entwicklungen

Eine interdisziplinäre Annäherung

---

ZÖSS  
ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE  
UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

ExMA-Papers

ISSN 1868-5005/35

Exemplarische Master-Arbeiten  
Hamburg 2017



# **Ungleichheit im Rahmen wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Entwicklungen**

**Eine interdisziplinäre Annäherung**

Sebastian Przetak

ExMA-Papers  
Exemplarische Master-Arbeiten  
ISSN 1868-5005/35  
Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien  
Universität Hamburg  
Mai 2017

## **Impressum:**

Die ExMa-Papers (Exemplarische Master-Arbeiten) sind eine Veröffentlichung des Zentrums für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). Sie umfassen ausgewählte Arbeiten von Studierenden aus dem Masterstudiengang „Arbeit, Wirtschaft, Gesellschaft – Ökonomische und Soziologische Studien“, am Fachbereich Sozialökonomie der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg.

## **Herausgeber/Redaktion:**

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)  
Arne.Heise@wiso.uni-hamburg.de  
Fachbereich Sozialökonomie  
Universität Hamburg – Fakultät WISO  
Welckerstr. 8  
D – 20354 Hamburg

Download der vollständigen ExMA-Papers:  
<https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sozoek/professuren/heise/zoess/publikationen/exma-papers.html>

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>II</b>
<b>Symbolverzeichnis .....</b>	<b>III</b>
<b>1 Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>2 Theoretische Einführung in das Thema Ungleichheit .....</b>	<b>3</b>
2.1 Theorien und Paradigmen .....	3
2.1.1 Ungleichheit der Verteilung im historischen Kontext .....	4
2.1.2 Ungleichheit der Verteilung aus pluralökonomischer Perspektive .....	6
2.2 Einfluss des ökonomischen Denkens .....	11
2.3 Ungleichheit und Gerechtigkeit .....	14
2.4 Entwicklungen und Konflikte von Ungleichheiten .....	17
<b>3 Auswirkungen von Ungleichheiten auf wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen .....</b>	<b>21</b>
3.1 Ungleichheiten und die Rolle des Staates .....	21
3.2 Auswirkungen von Einkommensungleichheiten auf gesellschaftliche und soziale Entwicklungen .....	23
3.3 Bedeutung ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilungen .....	26
<b>4 Die Komplexität von Ungleichheiten .....</b>	<b>30</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>32</b>

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Unterschiedliche Arten der Organisation von Ökonomie nach Polanyi (Swedberg 2009, S. 61) .....	4
Abbildung 2: Die Stabilität der Einkommensverteilung in Westdeutschland 1983–2012, (Spannagel 2015, S. 10) .....	19
Abbildung 3: Zusammenhang der Einkommensungleichheit mit gesundheitlichen und sozialen Problemen (Wilkinson und Pickett 2012, S. 34) .....	24

## Symbolverzeichnis

$g$	Wachstumsrate des Nationaleinkommens
$r$	durchschnittliche Kapitalrendite
$s$	Sparquote
$\alpha$	Anteil der Kapitaleinkommen am Nationaleinkommen
$\beta$	Kapital-Einkommens-Verhältnis

## 1 Einleitung

Das Thema der Ungleichheit spielt in vielfacher Hinsicht eine immer stärkere Rolle im öffentlichen und medialen Diskurs (Behringer et al. 2014). Insbesondere in Folge der internationalen Finanzkrise sind dabei Entwicklungen zu ökonomischen, politischen und sozialen Ungleichgewichten in unterschiedlichen Gesellschaften zu beobachten, wobei unter anderem die ungleiche Einkommensverteilung als Ursache oder Folge von wirtschaftlich stagnierenden Entwicklungen thematisiert wird (van Treek 2014). Ungleichheiten nehmen so zum Beispiel auch in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) zu und können trotz der wirtschaftlichen Erholung nach der europäischen Finanz- und Schuldenkrise nicht abgebaut werden (Spannagel 2015). Zudem kann eine Ungleichverteilung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als Ganzes beeinflussen, was wiederum zu immensen ökonomischen, sozialen und politischen Herausforderungen führt (OECD 2011). Die Ungleichheit wird unter anderem ursächlich mit der aktuellen wirtschaftlichen Krise in Verbindung gebracht (Wilkinson und Pickett 2012, S. 19). Dies zeigt bereits, dass es sich bei der Ungleichheit um eine sehr brisante und aktuelle Thematik handelt.

Der Einfluss und die Berücksichtigung von Ungleichheitsthemen fallen in den verschiedenen ökonomischen sowie soziologischen Theorien unterschiedlich stark aus (Lin 2015). In Bezug auf die Bestimmung des Gegenstandsbereiches der Wirtschaftswissenschaft gehen die Meinungen zudem sehr auseinander. Einerseits wird dieser zum Beispiel durch Alfred Marshall in den Sozialwissenschaften verortet, andererseits ordnet Peter Rosner (2012, S. 7) die modernen Wirtschaftswissenschaften eher den Naturwissenschaften zu (Pierenkemper 2012, S. 25–29). Nicholas Gregory Mankiw (2004) macht bereits in der Vorbemerkung seines *Lehrbuches Grundzüge der Volkswirtschaftslehre* den gemischten Charakter aus einem sozialwissenschaftlichen Gegenstandsbereich und naturwissenschaftlichen Methoden deutlich. Trotz dieser widerspruchsvollen Betrachtung werden die unterschiedlichen und vielfältigen Aspekte der Wirtschaftswissenschaft teilweise auf einige zentrale Ideen eines wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams reduziert (Mankiw 2015, S. 3–15).

Dieser einseitigen Fokussierung soll im Rahmen dieser Arbeit mit einer Vielfalt in den Theorien und Denkansätzen begegnet werden. Die pluralökonomische Perspektive steht

dabei im Zentrum der Betrachtung, da unter anderem vielfältige theoretische, methodische sowie paradigmatische Grundlagen maßgeblich sind, um komplexe sozialwissenschaftliche Zusammenhänge entsprechend kritisch zu reflektieren und zu analysieren, wie es durch den Aufruf der internationalen studentischen Initiative für Pluralismus in der Ökonomie gefordert wird (ISIPE 2014). Mit dieser Arbeit soll daher der Begriff der Ungleichheit grundlegend und teilweise aus interdisziplinärer Perspektive untersucht werden. Schwerpunkte sind die theoretische Einordnung relevanter Einflussgrößen im Zusammenhang mit dem Ungleichheitsbegriff sowie das Aufzeigen möglicher Auswirkungen von Ungleichheiten bzw. Ungleichverteilungen für wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen.

Im ersten Teil der Arbeit erfolgt dementsprechend eine theoretische Einführung in das Verteilungsthema und eine interdisziplinäre Annäherung an den Ungleichheitsbegriff. In diesem Zusammenhang wird eine Verbindung zum Gerechtigkeitsbegriff hergestellt und Konflikte ungleicher Entwicklungen dargestellt. Im zweiten Teil der Arbeit werden mögliche staatliche Einflüsse auf eine ungleiche Verteilung erläutert. Zudem soll Anhand von empirischen Untersuchungen aufgezeigt werden, welche möglichen Konsequenzen sich aus großen Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung für wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen ergeben können.

Aufgrund einer starken theoretischen Gewichtung der einzelnen Denkansätze und Theorien, wird eine tiefergehende formale Analyse ausgeschlossen. Es werden hauptsächlich ökonomische und soziologische Fachliteraturen, Studien deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute sowie Artikel von Stiftungen und aus Fachzeitschriften verwendet.

## **2 Theoretische Einführung in das Thema Ungleichheit**

In diesem Kapitel soll eine theoretische Einführung in das Thema erfolgen. Im Fokus steht die Betrachtung aus einer pluralökonomischen und interdisziplinären Perspektive, wobei Letztere mit Schwierigkeiten verbunden sein kann. Die unterschiedlichen Dimensionen von Interdisziplinarität bleiben einerseits oftmals unscharf, andererseits gilt die interdisziplinäre Analyse unter anderem im Rahmen wirtschaftspolitischer Debatten als unverzichtbar. In Bezug auf die Beschaffenheit und Komplexität von gesellschaftlichen Problemstellungen können dabei disziplinäre Grenzen erreicht werden, wodurch eine fächerübergreifende Bearbeitung als notwendig erachtet werden kann (Jungert 2010). Daher soll die Betrachtung der Problemstellungen im Rahmen von Ungleichheiten im Folgenden zumindest ansatzweise interdisziplinär erfolgen.

Im ersten Unterkapitel erfolgt eine historische und paradigmatische Einordnung des Verteilungsbegriffes, die im zweiten Unterkapitel mit den Besonderheiten des ökonomischen Denkens verbunden werden soll. Im dritten Unterkapitel wird dann versucht, eine interdisziplinäre Verbindung der Ungleichheit zum Gerechtigkeitsbegriff herzustellen. Abschließend werden die einzelnen Unterkapitel verknüpft und Auffälligkeiten sowie Problemstellungen der Ungleichheit im Gesamtkontext erläutert.

### **2.1 Theorien und Paradigmen**

Vor dem Hintergrund der Entstehung von Ungleichheiten soll geklärt werden, welchen Stellenwert dieses Thema im Rahmen der unterschiedlichen ökonomischen Theorieströmungen aus einer Verteilungsperspektive einnimmt. Bei der Bildung ökonomischer Theorien kam es in der Geschichte immer wieder zu Wechseln in den Ansichten und in der Art der Herangehensweisen. Daher soll in einem ersten Schritt eine kurze historische und theoretische Einführung in die Verteilungsthematik erfolgen. Im zweiten Schritt wird daran anknüpfend das Thema der Ungleichheit aus pluralökonomischer Sicht im Rahmen von drei maßgeblichen ökonomischen Paradigmen betrachtet.

### 2.1.1 Ungleichheit der Verteilung im historischen Kontext

Um eine Betrachtung von Ungleichheiten vorzunehmen, wird zuerst die Verteilung von Ressourcen in einem entsprechenden geschichtlichen Rahmen erläutert. Hierbei sind grundsätzlich Unterschiede in der Art und im Umfang der Verteilung festzustellen, welche speziell beim Übergang vom Feudal- zum Privateigentum deutlich wurden (vgl. Helfert 1974a, S. 2–3). Eine mögliche Strukturierung wurde durch den wirtschafts- und sozialwissenschaftlich sowie wirtschaftshistorisch tätigen Karl Paul Polanyi vorgenommen, der in seinem Ansatz auch zum Teil interdisziplinär vorging. Polanyi nahm eine Aufteilung in drei verschiedene Verteilungsvarianten vor. Bei diesen sogenannten Verteilungsmodi handelte es sich um die Reziprozität, die Redistribution und den Tausch. Polanyi geht davon aus, dass rationale Eigeninteressen in einer Gesellschaft nicht hinreichend sind, um als Basis dieser Gesellschaften zu dienen. Daher stellen die drei Verteilungsmodi für ihn gleichzeitig Integrationsformen dar, welche durch die Stabilisierung der Wirtschaft die notwendigen Voraussetzungen schaffen. In Abbildung 1 wird dieser Zusammenhang deutlich, da den einzelnen Integrationsformen die entsprechenden Gruppen auf der institutionellen Ebene zugeordnet werden. Dabei bestehen für gewöhnlich Mischformen der verschiedenen Integrationsarten und ihrer Institutionen (Swedberg 2009, S. 59–61).

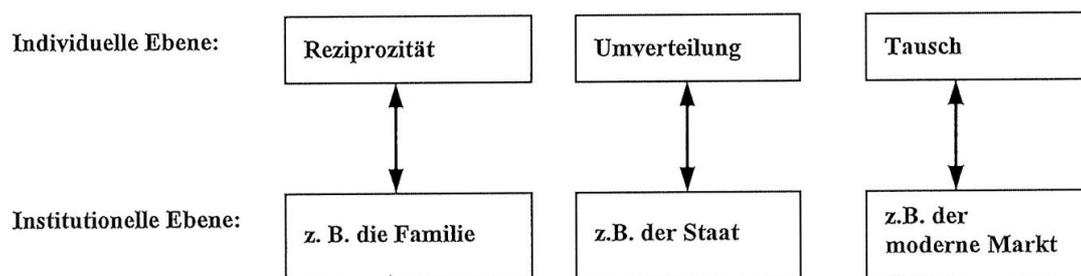


Abbildung 1: Unterschiedliche Arten der Organisation von Ökonomie nach Polanyi (Swedberg 2009, S. 61)

Die Reziprozität basiert ihrem Namen entsprechend auf Gegenseitigkeit, wobei die Zuteilung in Verbindung mit einem sozialen Verhaltenskodex erfolgt. Dies geschieht unter anderem durch Geschenke, Hilfeleistungen und Verpflichtungen in den zugehörigen Gruppen wie Familien oder Nachbarschaften. Die Redistribution ist durch eine zentrale Neuverteilung der ökonomischen Leistungen gekennzeichnet,

welche im Vorfeld durch alle Mitglieder<sup>1</sup> einer Gesellschaft für ihr jeweiliges Zentrum erwirtschaftet wurden. Die Verteilung durch den Tausch von Gütern kann in einer arbeitsteiligen Gesellschaft erfolgen, wobei Eigentumsrechte über die entsprechenden Güter an die Gesellschaftsmitglieder vergeben werden. Grundsätzlich ist je nach Art der gesellschaftlichen Integrationsform der Verteilungsmodus dominant, der das tägliche Leben am stärksten beeinflusst. So ist die Redistribution der vorherrschende Verteilungsmodus, wenn die Integration durch zentrale religiöse oder politische Institutionen erfolgt. Eine Verteilung basiert hauptsächlich auf Reziprozität, wenn soziale Organisationsformen die gesellschaftliche Integration dominieren. Erfolgt die Organisation durch ein ökonomisches System, dann kommt die Verteilung überwiegend durch den Tausch zu Stande. Diesbezüglich ist das Tauschergebnis ausschlaggebend, da es alternative Integrationsformen in der Gesellschaft normalerweise in den Hintergrund drängt. Der Wechsel vom Feudal- zum Privateigentum im Zusammenhang mit der Industrialisierung verdeutlicht diese Entwicklung, da seitdem die Verteilung durch ein marktwirtschaftliches System in den Fokus gerückt ist (Schlicht 1976, S. 15–19).

Neben dieser Einteilung durch Karl Polanyi kann theoriegeschichtlich eine Zweiteilung von Verteilungsansätzen vorgenommen werden. Zum einen handelt es sich um die Preistheorie, die unter anderem auf Adam Smith und Leon Walras zurückgeht. Zum anderen gibt es die Kreislauftheorie, welche eher makroökonomisch geprägt ist. Zu ihren bekannten Vertretern gehören unter anderem John Maynard Keynes, François Quesnais und Karl Marx. Im geschichtlichen Verlauf findet sich dieser Gegensatz im Grenzproduktivitäts- und Kreislaufprinzip wieder (Schlicht 1976, S. 13). Wesentlich für die Herausbildung verschiedener moderner Verteilungstheorien waren unter anderem die auf David Ricardo zurückgehenden Ideen der Lohnfondstheorie, der Grenzproduktivitätstheorie und der Produktionsfunktion. Diese Ideen sind heute noch maßgeblich, da sie einen großen Einfluss auf aktuelle ökonomische Modelle ausüben (Blanchard und Illing 2009, S. 324–328). Die Grenzproduktivität ist dabei jenes Produktionsergebnis, welches durch den Gebrauch einer zusätzlichen Arbeitskraft entsteht. Die Produktionsfunktion beschreibt diesbezüglich die Beziehung vom Einsatz der Arbeitskräfte zur Produktion, die maximal erreicht werden kann. Im Rahmen der

---

<sup>1</sup> Im Interesse des Textflusses und der Lesefreundlichkeit sind alle personenbezogenen Bezeichnungen als geschlechtsneutral aufzufassen.

Lohnfondstheorie ergibt sich die Einkommensverteilung gemeinsam durch das Arbeitskräfteangebot, die Produktionsfunktion und den Lohnfonds. Der Lohnfonds stellt hierbei die Quelle der Lohnzahlungen dar. Darüber hinaus sind knapper werdende Nutzflächen in der Landwirtschaft bei gleichzeitig wachsender Bevölkerung entscheidend für Ricardo (Schlicht 1976, S. 20–24). Besonders in vorindustriellen Zeiten wurde das Thema ungleicher Verteilungen allerdings kaum thematisiert, da es aufgrund der Armut von sehr großen Bevölkerungsteilen in Verbindung mit einer sehr geringen Produktivität kaum etwas zu verteilen gab. Diese Situation kann auch als absolute Armut bezeichnet werden, da selbst bei einer Umverteilung der Einkommen der wenigen Reichen keine Deckung des Eigenbedarfes der Gesamtbevölkerung erreicht werden konnte. Eine relative Armut entwickelte sich erst im Laufe der industriellen Produktion mit den einhergehenden Produktivitätssteigerungen (Pierenkemper 2015, S. 9–12). Weiterhin wurde die Betrachtung von Ungleichheiten durch starke religiöse Ansichten beeinflusst und gerechtfertigt. Die Infragestellung bestehender ungleicher gesellschaftlicher Verhältnisse konnte in diesem Zusammenhang als Gotteslästerung angesehen werden (Stiglitz 2012, S. 36). Des Weiteren gab es in der retrospektiven Betrachtung bei namhaften Autoren unterschiedliche Tendenzen in Bezug auf ungleiche Verteilungsentwicklungen. So prognostizierten unter anderem Karl Marx und David Ricardo eine wachsende Ungleichverteilung, während Jean-Baptiste Say und Adam Smith eher von harmonischen Entwicklungen ausgingen (Piketty 2014, S. 18).

Mit diesem kurzen Überblick wird bereits deutlich, welchen Wandlungen die Verteilungsthematik im geschichtlichen Ablauf unterlag. Diesbezüglich haben sich, aufbauend auf diesen theoretischen Grundlagen und Ansätzen, unterschiedliche Verteilungskonzepte im Rahmen wirtschaftswissenschaftlicher Theorien ausdifferenziert.

### **2.1.2 Ungleichheit der Verteilung aus pluralökonomischer Perspektive**

Zur weiteren Bearbeitung der Thematik Ungleichheit sollen nun drei bedeutende ökonomische Theorien bzw. Paradigmen aus dem Blickwinkel der Verteilung betrachtet werden. Begonnen wird mit der neoklassischen Theorie, die aktuell einen starken Einfluss auf die Wirtschaftswissenschaften ausübt.

Eine mögliche Analyse von Verteilungen im Rahmen der Neoklassik ist die Produktionstheorie, welche sich mit der Verteilung von Einkommen befasst. Die Verteilung der Einkommen wird dabei beeinflusst durch einzelne Marktteilnehmer bzw. deren individuellen Entscheidungen und ist das Ergebnis der Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage auf Märkten. Die zentrale Herangehensweise ist hierbei die Grenzproduktivitätstheorie. Alle Preise für den Verbrauch sowie für die Produktionsfaktoren werden gleichzeitig in einem bestimmten Moment fixiert und somit auch die dazugehörigen Mengen. In diesem Zusammenhang findet die Theorie des allgemeinen Gleichgewichtes Anwendung, wonach sich die Preise der Produktionsfaktoren aus der Grenzproduktivität ergeben. Eine gewisse Verteilung der Produktionsfaktoren wird vorausgesetzt. Die Grenzproduktivität entspricht dabei jedem zusätzlichen Beitrag zur Produktion, der in Folge eines zusätzlich hinzugefügten Produktionsfaktors entsteht. Somit erfolgt die Entlohnung der einzelnen Produktionsfaktoren. Durch die Grundausrüstung mit Produktionsfaktoren wird dann, abhängig von der Grenzproduktivität, das Einkommen erzielt. Dadurch wird die Verteilung der Einkommen durch Angebot und Nachfrage nach Produktionsfaktoren auf den Märkten bestimmt. Hinsichtlich der Nachfrage nach Produktionsfaktoren sind die individuellen Entscheidungen der Konsumenten maßgeblich. Entscheidet sich ein Konsument zum Beispiel für einen Verzicht auf Konsumgüter zu Gunsten von Investitionen in Bildung zu einem späteren Zeitpunkt, so kann er unter sonst gleichen Umständen in darauffolgenden Perioden mit einem höheren Einkommen rechnen. In Verbindung mit der Veränderung anderer Faktoren kann das aber nicht garantiert werden. An dieser Stelle wird bereits der Fokus auf individuelle Wahlhandlungen deutlich. Ein weiteres wesentliches Merkmal dieser neoklassischen Wohlfahrtsökonomie ist die Pareto-Effizienz. Im Zusammenhang mit perfekten Märkten wird das erzielte Marktgleichgewicht als pareto-optimal bzw. -effizient bezeichnet. Dabei ist nur das Marktergebnis pareto-optimal, bei welchem kein Individuum besser gestellt werden kann, ohne im gleichen Zuge ein anderes Individuum schlechter zu stellen. Eine Bewertung der sich daraus ergebenden Verteilung ist nicht möglich, da die Nutzen der einzelnen Individuen im Rahmen der subjektiven Werttheorie interpersonell nicht vergleichbar sind. Diese Wertefreiheit basiert auf dem Idealbild der positiven Ökonomie. Demzufolge ist die Untersuchung von Ungleichheiten im neoklassischen Theorierahmen sehr schwierig (vgl. Sen 1975, S. 26–35). Zudem kann aus der pareto-optimalen Verteilung ein grundlegender Verzicht auf Staatseingriffe abgeleitet werden, da durch die Staatseingriffe in der

Regel mindestens ein Individuum schlechter gestellt werden würde. Unterstützt wird diese Ablehnung durch das in der Neoklassik maßgebliche Konzept der Produzenten- und Konsumentenrente. Durch umverteilende Staatseingriffe würde sich die Summe aus beiden verringern und somit zu einem Wohlfahrtsverlust führen. Dementsprechend spielen Staatseingriffe und deren umverteilende Wirkung eine untergeordnete Rolle, da Markteingriffe Ineffizienzen verursachen und somit zu Wohlfahrtsverlusten führen können. Legitimiert werden können Staatseingriffe nur in Verbindung mit dem Versagen der Märkte. Kommt es im Rahmen notwendiger Staatsaktivitäten doch einmal zur Erhebung von Steuern, dann werden der Wohlfahrtsverlust minimiert und dementsprechend die Steuern ähnlich wie Kopf- und Pauschalsteuern ausgestaltet (Jäger und Springler 2013, S. 236–242). Problematisch ist zudem eine tiefergehende Bewertung von Verteilungswirkungen, da diese einerseits bereits durch das Paretoprinzip ausgeschlossen wird und andererseits in Bezug auf die eigenen Annahmen kein intersubjektiver Nutzenvergleich erfolgen kann (Sen 1975, S. 24–35). Ungleichheitsgesichtspunkte werden somit aus einer neoklassischen Sichtweise vernachlässigt (Jäger und Springler 2013, S. 267).

Eine weitere bedeutende Theorieströmung ist der Keynesianismus, welcher durch John Maynard Keynes begründet wurde. Dieses Paradigma trat insbesondere in Folge des zweiten Weltkrieges in Erscheinung und wurde zum Teil von Nicholas Kaldor, Joan Robinson und Michal Kalecki herangezogen und erweitert. Der Keynesianismus steht im Kontrast zur Neoklassik, was hinsichtlich der Forderung nach Vollbeschäftigung deutlich wird. Im Widerspruch zur neoklassischen Grenzproduktivitätstheorie wird der Lohn nicht mit der Grenzproduktivität der Arbeit gleich gesetzt. Die Betrachtung des Arbeitsmarktes ist dennoch wesentlich. Allerdings steht die Arbeitslosigkeit im Zentrum der keynesianischen Theorie. Bereits Keynes selbst ging von einem wesentlichen Einfluss der Verteilung auf die Arbeitslosigkeit aus. So führen dieselben Faktoren, die für die Entstehung von Ungleichheiten des Wohlstandes verantwortlich sind, auch zu einer Schwächung der Effizienz und des Produktionsniveaus. Weiterentwicklungen der Theorie von Keynes berücksichtigen bei der Preisfindung der Löhne unter anderem die Stärke von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden sowie hinsichtlich der Güterpreise die Wettbewerbsstruktur von Unternehmen. Somit finden bei der Preisfindung in der keynesianischen Theorie zudem Profiterwartungen der Unternehmen

Berücksichtigung. Auch in Bezug auf die Preisfindung für Kapitalgüter wird die Grenzproduktivitätstheorie als nicht zielführend erachtet, da der Zins (Preis für Kapitalgüter) nicht der Grenzproduktivität entspricht. In diesem Zusammenhang kommt ein abweichendes Konzept des Zinses zum Tragen, welches Liquiditätspräferenzen berücksichtigt. Als weitere Begründung wird die Heterogenität der Kapitalgüter herangezogen. Ein wesentlicher Unterschied zur neoklassischen Theorie ist überdies die Berücksichtigung makroökonomischer Gesichtspunkte, da zum Beispiel eine Verteilung der gesamtwirtschaftlichen Einkommen auf Lohneinkommen und Kapitaleinkommen erfolgt. Bei dieser funktionalen Einkommensverteilung ist wiederum der Zinssatz bezüglich der primären Verteilung auf die Einkommen aus Kapital und Lohnarbeit entscheidend. Unabhängig davon besteht daneben eine personelle Einkommensverteilung, welche die Lohneinkommen auf verschiedene Einkommensklassen der einzelnen Haushalte verteilt. Grundsätzlich wird von unterschiedlichen Präferenzen in Bezug auf die Verwendung der Lohn- und Kapitaleinkommen ausgegangen. Lohneinkommen werden diesbezüglich für Konsum und Kapital- bzw. Profiteinkommen für Investitionen verwendet. Eine auf Kalecki und Kaldor beruhende dynamische Sichtweise geht davon aus, dass Bezieher von Kapitaleinkommen einen größeren Einfluss auf die funktionale Einkommensverteilung haben und sich der Anteil der Kapitaleinkommen schrittweise erhöht. In diesem Gesamtzusammenhang wird im Keynesianismus ein aktiv eingreifender Staat befürwortet. Dementsprechend wird davon ausgegangen, dass Umverteilungsmaßnahmen beispielweise durch Steuern wohlfahrtssteigernd wirken. In Verbindung mit dem Multiplikatoreffekt wird somit die effektive Nachfrage erhöht, was unter anderem mit einer kleineren Sparneigung der Bezieher niedriger Einkommen zusammenhängt. Grundsätzlich kann im Rahmen des keynesianischen Paradigmas eine bestehende Verteilung durch eine Veränderung des Zinssatzes beeinflusst werden. Weiterhin müssen bei einer tiefergehenden Betrachtung der Verteilungsthematik zudem Wachstums-entwicklungen und geldpolitische Forderungen berücksichtigt werden. In der Gesamtbetrachtung werden Ungleichheiten im Keynesianismus viel stärker berücksichtigt als im neoklassischen Paradigma (Jäger und Springler 2013, S. 243–249).

Abschließend erfolgt nun eine Betrachtung der Verteilungsperspektive im Rahmen der Politischen Ökonomie, welche auch unter dem Namen Kritische Politische Ökonomie bekannt ist. Dieses Paradigma basiert auf der Klassischen Politischen

Ökonomie von David Ricardo und Adam Smith, welche dann unter anderem durch Karl Marx kritisch überarbeitet und weiterentwickelt wurde. Die Ökonomie wird hierbei als gesellschaftliches Verhältnis begriffen, wobei eine kritische Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft im Rahmen von Produktions-, Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen erfolgt (Jäger und Springler 2013, S. 69–83). In der Produktion werden demnach Gebrauchswerte durch Arbeit geschaffen. Ein Teil dieser Produktion fließt dabei den Eigentümern der Produktionsmittel zu. Dieser sogenannte Mehrwert bildet zusammen mit dem Lohn der Produzenten die Basis für Verteilungsfragen. In diesem Kontext wird die Einkommensverteilung als Verhältnis zwischen Personen und sozialen Gruppen verstanden. Die funktionelle Einkommensverteilung wird somit als gesellschaftlich determiniertes Verhältnis erachtet, welches nicht isoliert von dieser Klassenstruktur analysiert werden kann. Im Ergebnis eignet sich ein relativ kleiner Teil der Bevölkerung den größten Teil des Mehrwertes an, welcher nur etwa hälftig in die Produktion reinvestiert wird. Die andere Hälfte dient der Vermögensanhäufung und dem Konsum. Der weitaus größere Teil der Bevölkerung ist durch die Lohnabhängigkeit kaum in der Lage nennenswerte Vermögenseinkommen zu erzielen. Daher spielen in der Politischen Ökonomie Auseinandersetzungen über die Höhe der Löhne und somit des Mehrwertes eine entscheidende Rolle. Dabei sind auch die Machtverhältnisse von Bedeutung, die sich im zeitlichen Ablauf verändern. Weiterhin werden Ungleichgewichte zwischen den unterschiedlichen Ländern und somit eine internationale Dimension der Verteilung mit einbezogen. Zudem wird versucht, die materielle Dimension der Verteilung zu fokussieren, welche hinsichtlich der unterschiedlichen Entwicklungsstände der Länder mit Blick auf eine egalitäre Verteilung berücksichtigt werden muss. An dieser Stelle werden Unterschiede im Hinblick auf die Wahl von binnen- und außenorientierten Wachstumsmodellen offengelegt, da Letztere auch mit der Stabilisierung von sozialen Ungleichheiten in Beziehung gesetzt werden können. Einen umverteilenden Einfluss haben hingegen staatliche Interventionen im Rahmen der Sekundärverteilung. Neben der Primärverteilung von Löhnen und Profiten, steht somit die Struktur staatlicher Ausgaben und Transferzahlungen im Fokus von Verteilungswirkungen. Darüber hinaus werden nicht monetär erfasste wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheiten betont. Grundsätzlich gilt die Verteilung der beschriebenen gesellschaftlichen Verhältnisse als umkämpft, wobei die Reduktion

der Ungleichheit als zentraler Schritt zu einer vernünftigen Gesellschaft angesehen wird (Jäger und Springler 2013, S. 251–264).

Mit dieser Gegenüberstellung der verschiedenen Paradigmen wurden Unterschiede in der Analyse und den Betrachtungsweisen von Ungleichheiten offenbart. Aufgrund divergierender Herangehensweisen in den unterschiedlichen Theorien können sich daraus auch definitorische Unterschiede in den ökonomischen Begrifflichkeiten, wie beispielsweise in Bezug auf die funktionale Einkommensverteilung, ergeben (Hein 2004, S. 18–20).

## **2.2 Einfluss des ökonomischen Denkens**

Nachdem die Entstehung der Verteilungsperspektive im historischen Rahmen und innerhalb der verschiedenen ökonomischen Theorie erläutert wurde, sind große Unterschiede in der Berücksichtigung von Ungleichheiten offengelegt worden. Dementsprechend soll nun die Geschichte des ökonomischen Denkens untersucht werden, um diese Unterschiede einzuordnen und die weitere Entwicklung von neuen Theorien zu verstehen. Denn insbesondere im Zusammenhang mit der hartnäckigen wirtschaftlichen Krise in Folge der Finanzkrise wird unter anderem kritisiert, dass die Wirtschaftsgeschichte bzw. die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften zu wenig Beachtung fanden und finden (Plickert 2016). Inwiefern es sich um eine aufeinander aufbauende Entwicklung handelt, ob der jeweilige geschichtliche Kontext eventuell die Herausbildung der verschiedenen Theorieströmungen beeinflusste und welchen Einfluss die Art und Weise der Analyse auf die Entstehung sowie auf die Entwicklung ökonomischer Theorien hat, soll nun herausgestellt werden.

Bereits in den vorherigen Kapiteln wurde bei der Betrachtung der differierenden Theorieströmungen deutlich, dass im zeitlichen Ablauf unterschiedliche Ansätze zur Untersuchung von Verteilungsthemen herangezogen wurden. Neu auftretende Problemstellungen und damit einhergehende Lösungsansätze können diesbezüglich mit Veränderungen im wissenschaftlichen Denken in Verbindung gebracht werden. Dabei ändert sich auch die Gültigkeit der verschiedenartigen Paradigmen. Als Paradigmen werden gemäß Thomas S. Kuhn (1973, S. 11) anerkannte wissenschaftliche Leistungen bezeichnet, welche für eine Gemeinschaft von

Fachleuten für eine bestimmte Zeit Lösungsansätze im Rahmen der wissenschaftlichen Forschung liefern. In dieser Beziehung können dominante Denkmodelle als vorherrschende Paradigmen bezeichnet werden, welche dann bei gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungsprozessen in Frage gestellt werden (Pierenkemper 2012, S. 12–13). In Folge der großen Weltwirtschaftskrise in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und des zweiten Weltkrieges kam es in Europa zu einem solchen Veränderungsprozess, wobei Verteilungsfragen eine nicht unwesentliche Rolle spielten. Am Beispiel der wirtschaftspolitischen Ausrichtung von ökonomisch besonders starken europäischen Staaten kann dabei gezeigt werden, wie wechselhaft der Bezug auf die jeweiligen Denkansätze und Paradigmen im zeitlichen Verlauf erfolgte. Insbesondere hinsichtlich der staatlichen Umverteilung im Rahmen von Nachfrage orientierten Maßnahmen in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde der Einfluss der keynesianischen Theorie auf die Wirtschaftspolitik deutlich. Im Rahmen einer wirtschaftlichen Krise in der Mitte der siebziger Jahre geriet diese Art der Wirtschaftspolitik allerdings ins Schwanken. Bis dahin sorgten geringe Arbeitslosenzahlen und hohe Wachstumsraten eher für eine Bestätigung dieses Ansatzes. In Folge der Krise des Jahres 1975 und des einhergehenden wirtschaftlichen Abschwunges kam es zu einem Negativwachstum und somit auch zu steigenden Arbeitslosenzahlen. Da die Arbeitslosigkeit infolge der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage nicht zurückging und die Beschäftigung nach Überwindung der Krise nicht im gewohnten Maße anstieg, wurden die Voraussetzungen für eine veränderte Wirtschaftspolitik geschaffen (Reuter 2007, S. 35–37). Durch den Übergang zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wurde dann ein Paradigmenwechsel sichtbar. Die Wirtschaftspolitik der deutschen Regierungen wurde seit dieser Zeit größtenteils durch grundlegende Ansätze der neoklassischen Theorie beeinflusst. Dies hatte wiederum eine sukzessive Veränderung der funktionalen Einkommensverteilung zur Folge, da die Lohneinkommen zu Gunsten der Kapitaleinkommen umverteilt wurden (Reuter 2007, S. 103–105).

An diesem Beispiel wird deutlich, dass sich die Herangehensweisen im Rahmen ökonomischer Theorien im Zeitverlauf ändern können. In diesem Zusammenhang werden allerdings der Gegenstandsbereich und die Methoden der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung durchaus unterschiedlich definiert. Einige Autoren befürworten diesbezüglich einen eher komplexeren Ansatz. Die jeweiligen

Fragen und Probleme sollen dabei mit den realgeschichtlichen Hintergründen verknüpft werden und geistesgeschichtliche Aspekte berücksichtigt werden. Die Reflektion und Untersuchung erfolgt somit also im entsprechenden Rahmen des jeweiligen Zeitabschnittes (Pierenkemper 2012, S. 10). Im Gegensatz dazu kann der Analyserahmen auch enger gefasst sein. In dem Werk *Die Entwicklung ökonomischen Denkens* von Peter Rosner (2012) finden wirtschaftshistorische und geistesgeschichtliche Aspekte kaum Berücksichtigung. Daneben sind laut Rosner wirtschaftspolitische Überzeugungen für die Wirtschaftswissenschaft irrelevant. Gemäß seiner Darstellung ist die Ökonomie eine Abfolge der unterschiedlichen Schulen. Rosner argumentiert, dass Autoren durchaus Aspekte früherer Werke anderer Autoren in ihre Theorien mit einbeziehen und es sich somit um einen Lernprozess handelt (Rosner 2012, S. 23–29). Bei den Theorien, die nicht als Vorläufer der richtigen Erkenntnis gelten, handelt es sich demnach um Irrtümer (Rosner 1982, S. 9). In diesem Zusammenhang werden Unterschiede in der Zuordnung der Ökonomie als Wissenschaft offenbart. Die Dominanz der Neoklassik und der einhergehenden Verwendung naturwissenschaftlicher Methoden im heutigen wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream wird dabei teilweise kritisch gesehen. Darüber hinaus können auch interdisziplinäre Ansätze hilfreich sein. Erfahrungen und Vorkenntnisse sowie vor allem die subjektive Wirklichkeit beeinflussen die Erkenntnisgewinnung im Rahmen des Konstruktivismus. Bei dieser Theorie wird davon ausgegangen, dass das erlangte Wissen nicht objektiv gültig, sondern sozial konstruiert ist. Zudem bleiben die Erkenntnisse in Anlehnung an den kritischen Rationalismus bis zum Beweis des Gegenteils immer vorläufig, da die Auswahl von Beobachtungen als Beweise begrenzt ist (Pierenkemper 2012, S. 23–26). Die Art und Weise der Auseinandersetzung mit ökonomischen Themenbereichen erweist sich dementsprechend als sehr unterschiedlich. Auch in Bezug auf Ungleichheitsthemen wird diese Uneinheitlichkeit deutlich. Der Ökonom Thomas Piketty (2015) gibt schon in der Einleitung seines Werkes *The Economics of Inequality* ein passendes aktuelles Beispiel für sich wandelnde ökonomische Ansichten, indem er bemerkt, dass die funktionale Verteilung weniger stabil ist, als er es an der Hochschule gelernt hat. Die Berücksichtigung des historischen Charakters des Ungleichheitsbegriffes wird überdies vom Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Amartya Sen gefordert (1975, S. 14). Er plädiert dafür, die Bedeutung von Ungleichheiten jeweils im Kontext der wirtschaftlichen und politischen Probleme der jeweiligen Zeit zu beurteilen.

Ähnlich wie im vorangestellten Kapitel werden somit Differenzen bei der Berücksichtigung der historischen Rahmenbedingungen und der Vorgehensweise der wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchung deutlich. Wie erläutert, kann diese Analyse in Verbindung mit differierenden Gegenstandsbereichen auch aus sozialwissenschaftlicher Perspektive erfolgen. Diesbezüglich kann eine reine Betrachtung aus marktökonomischer Perspektive als unzureichend erscheinen, da sie sich stark auf individuelle Wahlhandlungen fokussiert und daher für ein breites Verständnis der Wirtschaftswissenschaft ungeeignet ist (Pierenkemper 2012, S. 23–29). Aus diesem Grunde soll die interdisziplinäre Betrachtung von Ungleichheiten im nächsten Kapitel vertieft werden.

### **2.3 Ungleichheit und Gerechtigkeit**

In den vorherigen Kapiteln wurden zu einem großen Teil Ungleichheiten im Rahmen von Einkommensverteilungen thematisiert. Im Zusammenhang mit Verteilungsthemen können auch soziale Ungleichheiten eine Rolle spielen. Hinsichtlich der Akzeptanz von sozialen Ungleichheiten kann es zudem notwendig sein, den Gerechtigkeitsbegriff mit einzubeziehen (Hadjar 2008, S. 9). Daher soll bei der folgenden fächerübergreifenden Betrachtung versucht werden, eine Verbindung zu relevanten Aspekten der sozialen Ungleichheit herzustellen.

Eine Verknüpfung der Einkommensverteilung mit sozialen Ungleichheiten wird bereits bei der Konzeption des soziologischen Ungleichheitsbegriffes offengelegt. Diesbezüglich können Personengruppen, -kategorien oder -klassen nach bestimmten Merkmalen unterschieden werden, welche unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Durch die differierende Ausprägung können diese Gruppen, Klassen oder Kategorien dann in eine Rangordnung gebracht werden, wodurch Ungleichheiten sichtbar werden. Das Einkommen zählt unter anderem zu diesen Kategorien. Im Fokus der Sozialwissenschaften stehen dementsprechend vertikale Ungleichheiten, die aus hierarchischen Rangordnungen hervorgehen. Zudem werden horizontale Unterschiede berücksichtigt, wenn diese mit den verschiedenen hierarchieorientierten Verteilungen in Verbindung stehen. Darüber hinaus ist die ungleiche Verteilung knapper Ressourcen bei der Betrachtung von sozialen Ungleichheiten maßgebend. Die unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zu diesen Ressourcen sind dabei von Bedeutung, da sie gesellschaftlich und sozial determiniert

sind. Soziale Ungleichheiten entstehen demgemäß durch Begünstigung oder Benachteiligung in einem gesellschaftlichen Kontext. Biologische Unterschiede (wie Alter und Geschlecht) oder physikalische Unterschiede (wie Größe und Hautfarbe) sind hierbei nicht relevant, auch wenn damit Ungleichheiten oft legitimiert werden (Hadjar 2008, S. 31–32). Neben der bisherigen Kategorisierung ökonomischer Einkommensverteilungen ist zudem eine Strukturierung nach sozialen Gruppen möglich. Im Rahmen einer kategorialen Einkommensverteilung können somit soziale Ungleichheiten stärker berücksichtigt werden (Pierenkemper 2015, S. 123).

Weiterhin geht mit der sozialen Strukturiertheit der sozialen Ungleichheiten eine ungleiche Verteilung von Lebenschancen einher. Die Grundlage sozialer Ungleichheiten ist eine soziale Ordnung, welche auf bestimmte Verteilungsprinzipien und auf Erwartungen hinsichtlich der Verteilung auf gewisse Gruppen aufbaut. Die Prinzipien und Erwartungen werden sozialisiert und entsprechend sanktioniert. Diese soziale Ordnung und damit einhergehend die sozialen Ungleichheiten können nur bestehen, wenn sich die einzelnen Individuen einer Gesellschaft als Teile des Ganzen sehen und die entsprechenden Regeln des Zusammenlebens akzeptieren. Inwieweit die bestehenden Verteilungsstrukturen als gerecht wahrgenommen werden, hat dabei einen Einfluss auf diese Akzeptanz. Die Leistungsgerechtigkeit steht diesbezüglich im Fokus der Legitimierung sozialer Ungleichheiten in Westdeutschland. Daraus ergibt sich eine Akzeptanz von sozialen Ungleichheiten, die auf unterschiedlichen Leistungen und Fähigkeiten basieren. Vor allem in marktwirtschaftlichen und durch eine Arbeitsteilung geprägten Gesellschaften, in denen das Wettbewerbsergebnis von bestimmten Fähigkeiten abhängt, werden soziale Ungleichheiten zwangsläufig durch unterschiedliche Leistungen gerechtfertigt. In Verbindung mit einer Chancengerechtigkeit, welche auf eine Verbesserung der legitimen Merkmale basiert, wird dieser Verteilungsmodus auch meritokratisches Prinzip genannt. Dieses Prinzip ist dominant in modernen marktorientierten Industriegesellschaften, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass das Marktergebnis als gerecht angesehen wird. Ein weiterer Grund ist der Glaube an einen unsichtbaren Mechanismus, der für eine gerechte Verteilung sorgt. Zudem tendieren die Menschen dazu, die Ungleichheiten an Stelle von strukturellen Bedingungen eher auf individuelle Veranlagungen zurückzuführen. Letztendlich ist die funktionierende Legitimierung sozialer Ungleichheiten eng mit einer Integration der Gesellschaftsmitglieder in die soziale Ordnung verknüpft. Insbesondere in

parlamentarischen Demokratien wie der BRD bildet die Akzeptanz sozialer Ungleichheiten dementsprechend die Grundlage für die soziale Ordnung. Im Hinblick auf die Stabilität des politischen Systems ist es ausschlaggebend, dass die Gesellschaftsmitglieder vom jeweiligen Verteilungsprinzip im Kontext der entsprechenden politischen Institutionen überzeugt sind und diese als angemessen erachten (Hadjar 2008, S. 10–17).

In Bezug auf die Einordnung sozialer Ungleichheiten wird somit deutlich, dass nicht Ungleichheitsstrukturen per se maßgeblich sind, sondern die individuelle Wahrnehmung und Beurteilung von sozialen Unterschieden in den entsprechenden Gesellschaften. Ein wesentliches Kriterium bei der Bewertung dieser Unterschiede im Zusammenhang mit der Legitimierung sozialer Ungleichheiten ist dabei die Gerechtigkeit. Während der Ungleichheitsbegriff normativ und nicht-normativ verwendet wird, kann der Gerechtigkeitsbegriff hauptsächlich dem normativen Bereich der Sozialwissenschaften zugeordnet werden. Sinnvoll erscheint die Verwendung des Gerechtigkeitsbegriffes nur in Verbindung mit Gesellschaften, die durch eingeschränkten Altruismus und durch gemäßigte Knappheit geprägt sind. Die Gesellschaftsmitglieder sind also weder durchgehend selbstlos oder egoistisch, noch liegt dort ein totaler Überschuss oder Mangel vor. In diesem Zusammenhang ergibt sich die „Forderung nach Gerechtigkeit ... aus einem Verteilungskonflikt um in Kooperation geschaffene Güter, der nur durch akzeptierte (gerechte) Regelungen entschärft werden kann“ (Hadjar 2008, S. 35). Hinsichtlich der Universalität des Gerechtigkeitsbegriffes bleibt zudem ein bestimmtes Verteilungsprinzip offen. Wichtig ist allerdings, dass jedes Gesellschaftsmitglied erhält, was es in Verbindung mit bestimmten Prinzipien gewissermaßen verdient hat. Diesbezüglich können unterschiedliche Prinzipien der Gerechtigkeit unterschieden werden. Dazu gehören unter anderem die Berücksichtigung von Bedarfsgesichtspunkten durch das Bedarfsprinzip, eine gleiche Verteilung von Ressourcen und Chancen durch das Prinzip der Gleichheit der Verteilung sowie das Prinzip der individuellen Leistung, welches auch als Leistungsprinzip bezeichnet werden kann (Hadjar 2008, S. 34–37). Mit der Leistungsgerechtigkeit, die auf diesem Prinzip beruht, werden sozioökonomische Unterscheidungen in Gesellschaften und somit soziale Lagen sowie Chancen der Gesellschaftsmitglieder begründet. Durch Leistungsmotivation und Leistungsfähigkeit werden Ungleichheiten gerechtfertigt, was allerdings im Rahmen objektiver Gesichtspunkte von gesellschaftlicher Verteilungsgerechtigkeit

problematisiert wird. In diesem Zusammenhang wird die Interdisziplinarität der Thematik deutlich, da im Kontext einer Interessen geleiteten Argumentation in Bezug auf Konflikte bestehender Verteilungsstrukturen unter anderem verfassungsrechtlich geschützte Eigentumsrechte herangezogen werden (Helfert 1974a, 1974b, S. 237).

Bei dieser sozialwissenschaftlichen Analyse von Ungleichheiten wurde somit die Bedeutsamkeit einer fächerübergreifenden Betrachtung aufgezeigt.

## **2.4 Entwicklungen und Konflikte von Ungleichheiten**

Im letzten Kapitel des ersten Teils der Arbeit sollen mögliche Schwierigkeiten bei der Untersuchung von Ungleichheiten erläutert werden. Neben der Berücksichtigung der vorherigen Kapitel, sollen auch Entwicklungstendenzen von Ungleichheiten aufgezeigt werden.

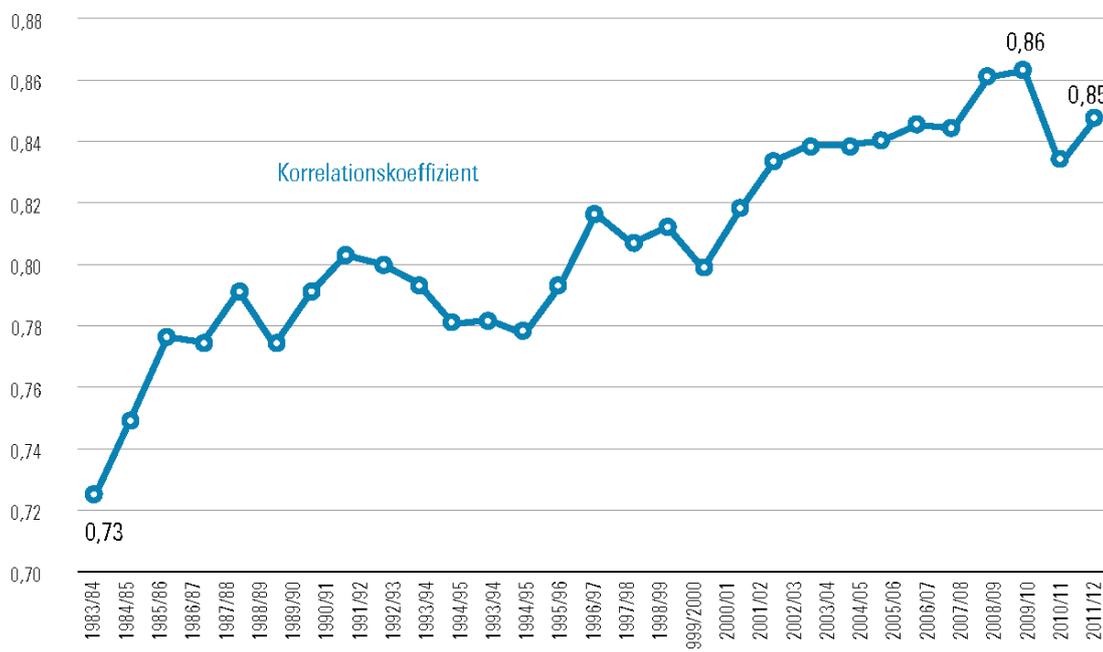
In Abhängigkeit von historischen und theoretischen Hintergründen spielen Ungleichheiten aus ökonomischer Verteilungsperspektive eine unterschiedlich starke Rolle. Ungleichheitsthemen stehen zum Beispiel in der politökonomischen Betrachtung viel stärker im Vordergrund als in der Neoklassik. Dabei wird die neoklassische Verteilungsperspektive im Rahmen der Grenzproduktivitätstheorie unter anderem sehr kritisch betrachtet (Jäger und Springler 2013, S. 253). Gleichzeitig haben die verschiedenen Paradigmen einen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik und somit auf Entwicklungen hinsichtlich der Verteilung auf Arbeits- und Kapitaleinkommen. Je nach wirtschaftspolitischer Ausrichtung kann sich somit eine Verschiebung von den Arbeits- zu den Kapitaleinkommen ergeben, so wie es zum Beispiel in der BRD der Fall war. Im Zusammenhang mit diesem Sachverhalt hat sich der Anteil der Arbeitseinkommen von Anfang der achtziger Jahre bis zum Jahr 2011 von anfänglich circa 83 Prozent auf 74 Prozent im Jahr 2011 verringert (Krämer 2011, S.17). Diese Verschiebung innerhalb der funktionalen Einkommensverteilung bedeutet gleichzeitig eine Erhöhung der ungleichen Einkommensverteilung, was in Bezug auf die verschiedenen Paradigmen wiederum unterschiedlich interpretiert wird. Im Rahmen des Keynesianismus haben der Konsum und die Nachfrage beispielsweise eine elementare Bedeutung. Bei einem sinkenden Anteil der Lohneinkommen werden folglich mittelbar über die Bezieher der Lohneinkommen der Konsum und die Nachfrage zurückgehen, was zudem die

wirtschaftliche Entwicklung insgesamt negativ beeinflusst. Diese Verlagerung innerhalb der funktionalen Einkommensverteilung wird daher im Rahmen der keynesianischen Theorie als problematisch erachtet. Darüber hinaus ist bei der personellen Einkommensverteilung der BRD für den Zeitraum vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2012 eine ähnliche umverteilende Entwicklung zu beobachten, wodurch sich auch die Einkommensungleichheit erhöht hat. Hierbei wurden die unteren und mittleren Einkommensgruppen stärker belastet, während die Einkommen der oberen zehn Prozent anstiegen. Im Rahmen der keynesianischen Theorie führt diese Veränderung zu einer Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung durch eine rückläufige Nachfrage, da die Konsumquote von Beziehern höherer Einkommen geringer ist als bei den Beziehern mittlerer und kleiner Einkommen (Goebel et al. 2015, S. 585).

Neben der Einordnung von Ungleichheiten im Zusammenhang mit den verschiedenen Paradigmen der ökonomischen Theorien, erschwert der beschriebene Ansatz der Pareto-Effizienz die Analyse von Ungleichheits-problemstellungen. Eine Verteilung wäre demnach pareto-optimal in einer Situation, in der keine Person besser gestellt werden kann, ohne eine andere schlechter zu stellen. Das Beispiel einer sehr ungleichen Verteilung, bei der eine Person 99 Prozent der Einkommen erhält, verdeutlicht das Problem. Eine Änderung dieser Verteilung durch eine entsprechende Umverteilung wäre nicht möglich, da somit ja mindestens diese eine Person schlechter gestellt werden müsste (Sen 1975, S. 18–19).

In Bezug auf die Beständigkeit dieser Ungleichheiten kommt zudem ein anderer Aspekt in Verbindung mit der personellen Einkommensverteilung zum Tragen. Die Einkommensunterschiede spiegeln sich hierbei auch in den Sparquoten der jeweiligen Einkommensgruppen wieder. Während sich die unteren Einkommenschichten größtenteils verschulden und somit gar nicht sparen, können die Haushalte des obersten Perzentiles der Einkommensverteilung 35 Prozent ihrer Einkommen zurücklegen. Dadurch können soziale Ungleichheiten entstehen und bereits bestehende Ungleichheiten verstärkt werden (Hans-Böckler-Stiftung 2016a). Während im Zeitraum von 1991 bis 2012 ein Anstieg der Einkommensungleichheit zu verzeichnen ist, hat die Einkommensmobilität in den letzten Jahren stetig abgenommen (Spannagel 2015, S. 7). Die Abbildung 2 verdeutlicht diese Entwicklung. Der Grafik kann der Anstieg des Pearson'schen

Korrelationskoeffizienten für Westdeutschland im Zeitraum von 1983 bis 2012 entnommen werden, welcher die Stabilität der Einkommensposition zwischen zwei Jahren abbildet. Je höher der dargestellte Wert ist, desto stabiler ist die Einkommensposition und desto geringer ist die Einkommensmobilität. In Verbindung mit der gleichzeitigen Veränderung zu einer ungleichen Verteilung können sich Ungleichheitsstrukturen dadurch verfestigen. Im selben Moment nimmt die Chancenungleichheit zu, da aufgrund der sinkenden Mobilität eine Änderung der Einkommensposition erschwert wird (Spannagel 2015, S. 10–13).



**Abbildung 2: Die Stabilität der Einkommensverteilung in Westdeutschland 1983–2012, (Spannagel 2015, S. 10)**

Im Rahmen sozialer Ungleichheiten können sich zudem Probleme in Verbindung mit der individuellen Wahrnehmung von Ungerechtigkeiten und den daraus folgenden Reaktionsmustern ergeben. Die Ungerechtigkeiten werden in diesem Zusammenhang als nicht legitimierte Ungleichheiten angesehen. Aktive Veränderung, kognitive Umdeutung sowie Rückzug und Vermeidung stellen entsprechende Reaktionsmuster dar. Insbesondere in Bezug auf die aktive Veränderung sind dabei Verhaltensmuster der unkonventionellen politischen Partizipation problematisch, zu denen auch der zivile Ungehorsam und die politische Gewalt gehören. Diese Muster können zu einer Destabilisierung der sozialen Ordnung führen. Des Weiteren können verdeckte Formen von Rückzug und Vermeidung bedenkliche Ausmaße annehmen, welche

unter anderem hinsichtlich der politischen Teilhabe zu Wahlverweigerungen führen können. Parallel dazu bestehende Ungleichheiten in der Struktur der Wahlbeteiligung verdeutlichen die Schwierigkeiten von Ungleichheiten im Rahmen der demokratischen Grundordnung der BRD (Dernbach 2015). Die systemdestabilisierende Wirkung wird somit verdeutlicht. In Folge von wahrgenommenen Ungerechtigkeiten als Konsequenz fehlender Akzeptanz sozialer Ungleichheiten ist die aktive Veränderung gemäß empirischer Befunde das häufigste der genannten Reaktionsmuster (Hadjar 2008, S. 18–23). Unabhängig von den Reaktionsmustern ist hinsichtlich eines allgemeinen Gerechtigkeitsempfindens seit Mitte der neunziger Jahre eine Trendwende zu beobachten. Bis zu diesem Zeitraum wurden die wirtschaftlichen Verhältnisse von einem größeren Teil (über 50 Prozent) der Befragten als im Großen und Ganzen gerecht wahrgenommen. Diese Tendenz hat sich dann Mitte der neunziger Jahre umgekehrt und ergab noch bei der letzten Befragung im Jahr 2010 ein anderes Bild, da nur noch 21 Prozent der Befragten die wirtschaftlichen Verhältnisse als im Großen und Ganzen gerecht wahrnahmen (Petersen 2012, S. 140–143).

Weiterhin können bei der Analyse ökonomischer Ungleichheiten und deren Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wesentliche Unterschiede auftreten. In Bezug darauf ist eine einseitige Betrachtung bzw. Messung der Wohlstandssteigerungen von Gesellschaften problematisch. Bei konventionellen Methoden durch die Darstellung der Veränderungen des Bruttoinlandsproduktes ist diesbezüglich ein weitaus größerer Anstieg zu verzeichnen als bei alternativer Betrachtung unter Einbeziehung von Ungleichheiten im Rahmen des Nationalen Wohlfahrtsindex (Hans-Böckler-Stiftung 2016b). Durch die interdisziplinäre Betrachtung konnten somit vielfältige Schwierigkeiten und Problemstellungen in Verbindung mit der Untersuchung von Ungleichheiten veranschaulicht werden.

### **3 Auswirkungen von Ungleichheiten auf wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen**

Stagnierender Wohlstand wird in der BRD unter anderem mit einer wachsenden Ungleichheit in Verbindung gebracht (Hans-Böckler-Stiftung 2016b). Nachdem im ersten Teil der Arbeit eine theoretische Einordnung des Ungleichheitsbegriffes aus interdisziplinärer Perspektive erfolgt ist, werden im zweiten Teil dieser Arbeit mögliche Auswirkungen von Ungleichheiten auf wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen aufgezeigt.

Im ersten Teilkapitel sollen Aspekte betrachtet werden, die auf eine entscheidende Rolle des Staates bei der Begünstigung bzw. Verfestigung von Ungleichheiten hinweisen. In den beiden anschließenden Kapiteln wird mit Hilfe zweier Ansätze zur empirischen Analyse ökonomischer Ungleichheiten veranschaulicht, welche Auswirkungen sich aus einer ungleichen Verteilung auf wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen ergeben können.

#### **3.1 Ungleichheiten und die Rolle des Staates**

In den verschiedenen ökonomischen Theorieströmungen bestehen große Unterschiede bei der Beurteilung von Ungleichheiten. Diesbezüglich ist auch der Umfang staatlicher Eingriffe und die damit einhergehenden umverteilenden Wirkungen strittig. Hinsichtlich des Einflusses auf die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbes kommt es diesbezüglich zu Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen ökonomischen Denkschulen (Stiglitz 2012, S. 55). Im Rahmen der Investitionsförderung durch eine entsprechende staatliche Steuerpolitik kann so zum Beispiel die Ungleichheit von Einkommensverteilungen erhöht werden (Mazzucato 2014, S. 77–78). In diesem Zusammenhang kann die Privatisierung von Gewinnen aus staatlich geförderten Investitionen thematisiert werden. Am Beispiel von amerikanischen Pharmazieunternehmen wird deutlich, dass staatlich geförderte Medikamente hohe Gewinne erzielen können, welche dann aber nicht an den Staatshaushalt zurückfließen und somit allen Steuerzahlern zu Gute kommen, sondern durch die entsprechenden Pharmazieunternehmen privatisiert werden. Das Thema Ungleichheit in Form vom ungleichen Zugang zur Versorgung mit

Arzneimitteln wird an diesem Beispiel besonders deutlich. Obwohl die Steuerzahler die Forschung und Entwicklung von bestimmten Medikamenten indirekt durch ihre gezahlten Steuern mitgetragen haben, können sie die hohen Kosten der Medikamente nicht aufbringen. Die jeweiligen Unternehmen haben dabei keinen Anlass die Preise zu ändern, solange die staatlichen Institutionen von ihrer Möglichkeit der Preisbeeinflussung keinen Gebrauch machen. Besonders deutlich wird dies am Beispiel amerikanischer Pharmakonzerne, da diesbezüglich die Verhandlung von Preisnachlässen durch staatliche Stellen ausdrücklich untersagt wurde (Stiglitz 2012, S. 61). Hierbei wird unter anderem eine ungleiche Verteilung zwischen dem staatlich finanzierten Risikokapital und der Privatisierung von Gewinnen deutlich. Somit können Ungleichheiten vergrößert und gleichzeitig zukünftige Innovationsprozesse beeinflusst werden (Mazzucato 2014, S. 231–237).

Anhand dieses Beispiels wird deutlich, dass der Staat einen gewissen Einfluss auf die Entwicklung ungleicher Verteilungen ausüben kann. Im Hinblick darauf können Verteilungsunterschiede zwischen Industrieländern auf einem ähnlichen Entwicklungsstand auf die politische Einflussnahme zurückgeführt werden. Durch unterschiedliche Gesetze, Institutionen und Regulierungen wird somit die marktwirtschaftliche Ordnung beeinflusst und teilweise gesteuert, was auch Wechselwirkungen mit gesellschaftlichen Normen und Institutionen einschließt. Daraus ergeben sich überdies Folgen für die Ungleichheit von Verteilungen innerhalb der einzelnen Gesellschaften (Stiglitz 2012, S. 65–66). Die Beziehungen zwischen Ungleichheiten und der Rolle des Staates wurden diesbezüglich durch den bekannten Ökonomen und Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Joseph E. Stiglitz (2012) in seinem Werk *The Price of Inequality* beschrieben und kritisch analysiert. Ungleichheiten werden demnach ebenso sehr durch politische wie durch ökonomische Kräfte bestimmt. Die Regierungen moderner Volkswirtschaften legen die Wettbewerbsregeln der Marktwirtschaft fest und lenken zugleich die Verteilung von Ressourcen. Die Einkommensverteilung kann in diesem Zusammenhang unter anderem durch das Ausmaß von Steuern und Sozialausgaben beeinflusst werden. Indem der Staat Erbschaftssteuern erhebt und kostenlose Bildung anbietet, können zudem ungleiche Entwicklungen bei der Vermögensverteilung beeinflusst werden. Durch die Intensität der Anwendung der genannten Möglichkeiten durch Regierungen der unterschiedlichen Staaten, wird dementsprechend das Ausmaß der Ungleichheit in einer Gesellschaft bestimmt (Stiglitz, S. 38). Diese Ungleichheiten

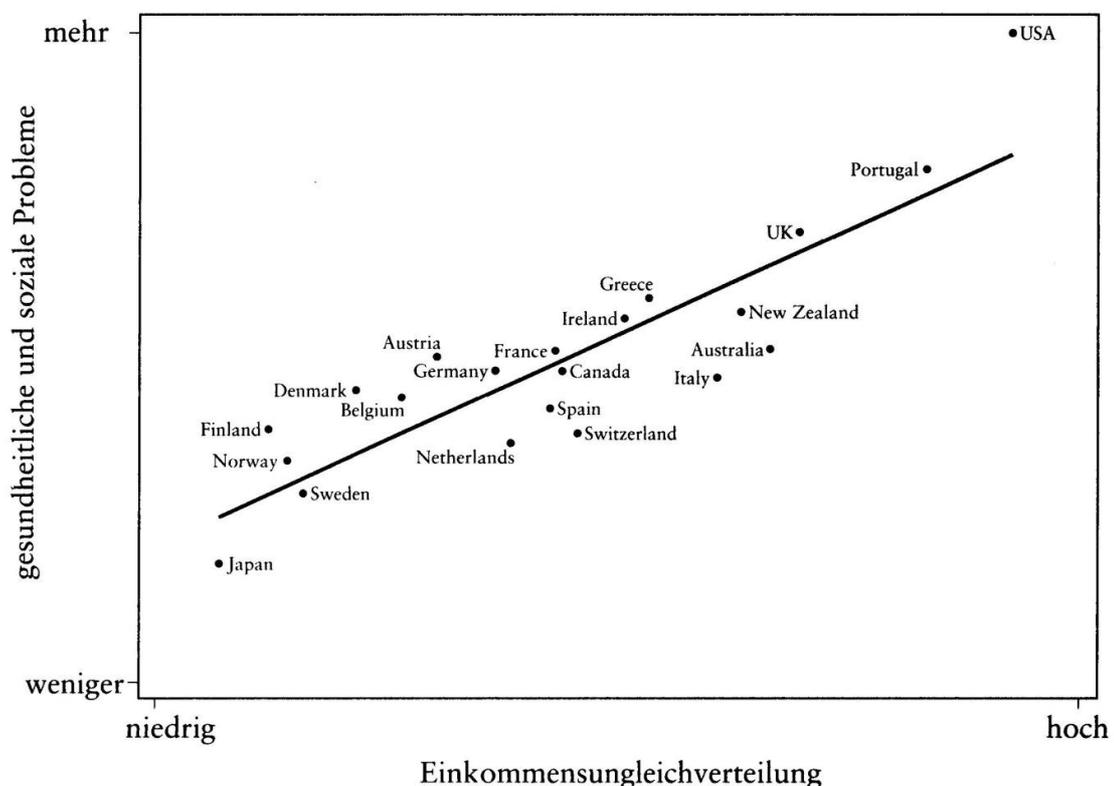
können gemäß Stiglitz zu wirtschaftlichen Instabilitäten und Ineffizienzen führen. Weiterhin thematisiert er zu große Machtgefälle in ungleichen Gesellschaften, wodurch auch eine Beeinflussung der Politik zu Lasten des Gemeinwohlinteresse stattfindet (Stiglitz 2012, S. 104–105). Die jeweils vorherrschende ökonomische Theorie hat diesbezüglich Einfluss auf den Umfang staatlicher Eingriffe. Die Auswirkungen der entsprechenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen können dabei unterschiedlich beurteilt werden. Beispielweise gelten zu hohe Steuersätze im Rahmen einer angebotsökonomischen bzw. neoliberalen Steuerpolitik, aufgrund möglicher Ausweichreaktionen und einhergehender Steuerausfälle, als wirtschaftsschädigend. Seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurden durch Entlastung von wohlhabenden Bürgern und Unternehmen bei gleichzeitigem Rückgang umverteilender Wirkungen somit Ungleichheiten erhöht. Da zur selben Zeit aber nennenswerte wirtschaftliche Erfolge ausblieben, wird die Funktionsweise dieser Steuerpolitik heute teilweise in Frage gestellt (Bach 2016).

Die Rolle des Staates und die Möglichkeiten auf die Entwicklung von Ungleichheiten wurden beispielhaft erläutert. Im nächsten Kapitel werden mögliche Auswirkungen von Ungleichheiten auf soziale und gesellschaftliche Entwicklungen aufgezeigt. Im Fokus stehen Ungleichheiten in der Einkommensverteilung.

### **3.2 Auswirkungen von Einkommensungleichheiten auf gesellschaftliche und soziale Entwicklungen**

Durch eine langjährige Datenanalyse haben Richard Wilkinson und Kate Pickett (2012) den Versuch unternommen, wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten miteinander in Beziehung zu setzen. Dabei werden die Schwierigkeiten der sozialwissenschaftlichen Forschung hervorgehoben, welche mit individuellen Vorstellungen und mächtigen Eigeninteressen verknüpft ist, da in Bezug auf den Gegenstandsbereich die einzelnen Gesellschaftsmitglieder und die sozialen Verhältnisse ausschlaggebend sind (Wilkinson und Pickett 2012, S. 13). Im Kern der Analyse stehen die materiellen Bedingungen und ihr prägender Einfluss auf die sozialen Beziehungen einer Gesellschaft. Diesbezüglich werden wirtschaftliche und soziale Probleme auf die zunehmende Ungleichheit zurückgeführt. Neben der Einkommensverteilung werden auch gesundheitliche Aspekte berücksichtigt. Während ein steigendes Prokopfeinkommen in armen Ländern noch mit einem

starken Anstieg der Lebenserwartung einhergeht, besteht bei Ländern mit mittleren und höheren Prokopfeinkommen kaum noch ein Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und steigender Lebenserwartung (Wilkinson und Pickett 2012, S. 19–22). Im Fokus stehen allerdings die Folgen von Einkommensungleichheiten in Hinblick auf verstärkte soziale und gesundheitliche Probleme. In Bezug auf diese Probleme wurden international vergleichbare Daten durch die Autoren in folgende Kategorien unterteilt: Niveau des Vertrauens, psychische Erkrankungen sowie Alkohol- und Drogensucht, Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit, Fettleibigkeit, schulische Leistungen der Kinder, Teenager-Schwangerschaften, Selbstmorde, Zahl der Gefängnisstrafen und soziale Mobilität.



**Abbildung 3: Zusammenhang der Einkommensungleichheit mit gesundheitlichen und sozialen Problemen (Wilkinson und Pickett 2012, S. 34)**

Die Abbildung 3 verdeutlicht den signifikanten Zusammenhang einer ungleichen Einkommensverteilung mit gesundheitlichen und sozialen Problemen, welcher durch die Regressionsgerade<sup>2</sup> abgebildet wird. Beim Vergleich der dargestellten reichen

<sup>2</sup> vgl. Wilkinson und Pickett 2012, S. 339–341

Länder<sup>3</sup> wird sichtbar, dass eine steigende Ungleichverteilung der Einkommen mit einer höheren Anzahl an gesundheitlichen und sozialen Problemen einhergeht. Zudem zeigen weitere statistische Befunde, dass zwischen den nationalen Prokopfeinkommen der jeweiligen Länder und den sozialen bzw. gesundheitlichen Problemen keine Abhängigkeit besteht. Damit wird die Begründung ausgeschlossen, dass sich eine geringere Anzahl von Problemen durch einen höheren durchschnittlichen Lebensstandard ergibt. Der Grund für ein höheres Ausmaß gesundheitlicher und sozialer Probleme ist infolgedessen nicht ein geringeres Wohlstandsniveau, sondern ein stärkeres soziales Wohlstandsgefälle (Wilkinson und Pickett 2012, S. 32–40).

Weiterhin gehen Einschränkungen in der sozialen Mobilität in Folge von hohen Einkommensungleichheiten mit einer steigenden Chancenungleichheit einher. Im Rahmen einer Chancengleichheit sollten alle Gesellschaftsmitglieder im Kontext einer intragenerationalen Mobilität die Möglichkeit haben, ihre wirtschaftliche und soziale Situation bzw. ihren sozialen Status innerhalb der eigenen Lebenszeit durch die eigene Leistung zu verbessern. Beim Vergleich der Länder Norwegen, Schweden, Finnland, Dänemark, Kanada, USA, Großbritannien und der BRD kann jedoch ein negativer Zusammenhang festgestellt werden. Je höher die Einkommensungleichheit in diesen Ländern ist, umso niedriger ist das Ausmaß der sozialen Mobilität. In dieser Hinsicht sind auch die Bildungskosten und der Anteil staatlicher Bildungsfinanzierung maßgeblich, da ein höherer Bildungsgrad verbunden mit einem höheren Einkommen den sozialen Status anhebt (Wilkinson und Pickett 2012, S. 183–188). Darüber hinaus kann es durch einen Anstieg der beschriebenen gesundheitlichen und sozialen Probleme notwendig werden, staatliche Institutionen wie Gefängnisse oder Gesundheits- und Sozialversorgungs-einrichtungen auszubauen. Des Weiteren wird die steigende Verschuldung im Vorfeld der großen Weltwirtschaftskrisen von 1929 und 2008 mit einem Anstieg der Ungleichheit in Verbindung gebracht (Wilkinson und Pickett 2012, S. 330–333).

---

<sup>3</sup> Die dargestellten 21 Länder wurden aus den 50 reichsten Ländern der Erde selektiert. Länder mit ungesicherten Informationen zur Einkommensungleichheit und Länder mit einer Bevölkerung unter 3 Millionen wurden aussortiert. Zudem wurden nur jene Länder ausgewählt, bei denen zu mindestens 8 der aufgezählten gesundheitlichen und sozialen Problembereiche ausreichend statistische Informationen vorlagen (Wilkinson und Pickett 2012, S. 342).

### 3.3 Bedeutung ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilungen

Nachdem im vorangegangenen Kapitel mögliche Folgen einer ungleichen Einkommensverteilung auf gesellschaftliche und soziale Entwicklungen erläutert wurden, sollen in diesem Kapitel zusätzlich Ungleichheiten der Vermögensverteilung mit einbezogen werden. Grundlage hierfür ist eine empirische Untersuchung historischer Daten durch den Ökonomen Thomas Piketty (2014). Sein Werk *Das Kapital im 21. Jahrhundert* erzeugte international großes Interesse unter Ökonomen und in den Medien (Lorenz 2014, S. 1). Sein Ansatz wird daher kurz dargestellt und kritisch begutachtet.

Bereits in der Einleitung seines Werkes verdeutlicht Piketty die Notwendigkeit einer fächerübergreifenden Analyse der Verteilungsfrage und die Schwierigkeiten die sich aus dem politischen Charakter der Ungleichheitsthematik ergeben (Piketty 2014, S. 14–15). Hinsichtlich der unterschiedlichen Prognosen von Ungleichheitsentwicklungen von Nationalökonomien des 19. Jahrhunderts, im Zusammenhang mit der ersten aber zeitlich begrenzten Untersuchung von Einkommensverteilungen durch Simon Kuznets, erkennt Piketty zudem das Potenzial der Auswertung historischer Daten (Piketty 2014, S. 18–33). Mit seinem heterodoxen Analyseansatz werden neben Strukturen und Formen auch Rechtfertigungen von Ungleichheiten betrachtet. Gleichzeitig hebt Piketty in Bezug auf die Entwicklung von Ungleichheiten die Komplexität und die politische Bedingtheit hervor (Piketty 2014, S. 37–57).

Das Einkommen wird in Pikettys Analyse synonym mit dem Nettonationaleinkommen im konventionellen Sinn<sup>4</sup> verwendet. Das Kapital beinhaltet die akkumulierte Gesamtmenge aller Güter einer Gesellschaft, wobei Piketty einen weiten Kapitalbegriff nutzt und diesen synonym zum Begriff Vermögen verwendet (vgl. Piketty 2014, S. 153–168). Das nationale Kapital setzt sich aus privaten und Staatskapital abzüglich der Verbindlichkeiten und Schulden zusammen. Mit dem Kapital-Einkommens-Verhältnis  $\beta$ , also dem Quotienten von Kapital und jährlichen Einkommensvolumen, verdeutlicht Piketty die Rolle des Kapitals. Allerdings werden damit noch keine Aussagen über bestehende Ungleichheiten eines Landes getroffen. Im Hinblick darauf werden erste Tendenzen

---

<sup>4</sup> vgl. Blanchard und Illing 2009, S. 846

im Zusammenhang mit der Gleichung  $\alpha = r \times \beta$  offenbart. Neben dem Anteil des Kapitaleinkommens am Nationaleinkommen  $\alpha$  ist die durchschnittliche Kapitalrendite  $r$  bedeutsam, da hohe Werte von  $\beta$  und  $r$  den Anteil des Kapitaleinkommens am Nationaleinkommen erhöhen (Piketty 2014, S. 67–83). In dieser Beziehung übertrifft der Mengeneffekt den Preiseffekt, da einer bestimmten Verringerung von  $r$  ein relativ größerer Anstieg von  $\beta$  gegenübersteht. Aus der Gleichung ergeben sich dementsprechend ungleiche Entwicklungen in der funktionalen Einkommensverteilung, da  $\alpha$  somit kontinuierlich ansteigt. Piketty betont dabei, dass diese Entwicklung durch keinen wirtschaftlichen Autokorrektur-Mechanismus verhindert wird und verweist diesbezüglich unter anderem auf eine bessere Verhandlungsposition des Kapitals (Piketty 2014, S. 293–295). In Bezug auf die Dynamik der Ungleichheiten stützt sich Piketty zudem auf den zusammengesetzten Wachstumsbegriff, wonach das Wachstum der Produktion aus dem Bevölkerungswachstum und dem Pro-Kopf-Wachstum der Produktion besteht. In Verbindung mit der Gesetzmäßigkeit des kumulativen Wachstums entsteht die zentrale These seines Werkes, wonach sich bereits aus geringen Differenzen zwischen  $r$  und der Wachstumsrate des Nationaleinkommens  $g$  langfristig destabilisierende Konsequenzen für die Dynamik und die Struktur von Ungleichheiten in einer Gesellschaft ergeben (Piketty 2014, S. 105–110). Darüber hinaus stellt der Anteil der Ersparnis am Nationaleinkommen  $s$ , eine weitere wesentliche Einflussgröße dar. Mit dem langfristig wirkenden Zusammenhang  $\beta = s/g$  wird der Effekt hoher Sparquoten in Kombination mit geringen Wachstumsraten in stagnierenden Gesellschaften verdeutlicht, wodurch sich im Zeitablauf unter bestimmten Bedingungen ein steigender Wert für  $\beta$  ergeben kann, der sich auf einem hohen Niveau stabilisiert (Piketty 2014, S. 219–225). In diesem Kontext hebt Piketty bereits den Einfluss der Politik hervor, da es keinen natürlichen Mechanismus gibt, der die Relevanz des Kapitals und der Einkünfte aus bereits akkumuliertem Kapital automatisch verringert (Piketty 2014, S. 309–310). Des Weiteren macht er deutlich, dass die Rechtfertigung von Einkommensungleichheiten durch das Leistungsprinzip für moderne Demokratien elementar ist (vgl. Hadjar 2008, S. 12–13). Problematisch sind in dieser Beziehung strukturelle Unterschiede hinsichtlich der Ungleichverteilung von Arbeits- und Kapitaleinkommen, da die Verteilung des Kapitals und der damit verbundenen Einkommen stärker konzentriert ist (Piketty 2014, S. 318–322). Diesbezüglich unterlag die Struktur der ungleichen Verteilung der Kapitaleinkommen in der Vergangenheit weitaus größeren

Schwankungen als die Struktur der ungleich verteilten Arbeitseinkommen. Insbesondere durch die Schocks der beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert wurde die Kapitalkonzentration und somit die Ungleichheit der Kapitalverteilung stark reduziert. Aus diesem historischen Zusammenhang ergibt sich für Piketty die fundamentale Ungleichung  $r > g$ . Diese historische Realität ist vor allem in Verbindung mit hohen Werten von  $\beta$  im 19. Jahrhundert und Anfang des 20. Jahrhunderts sowie bezüglich wieder ansteigender Werte von  $\beta$  in den letzten Jahrzehnten richtungsweisend (Piketty 2014, S. 447–471). Wenn  $r$  langfristig größer ist als  $g$ , dann nimmt die Ungleichheit der Kapitalverteilung nachhaltig zu. Dass die aktuelle Vermögenskonzentration noch nicht an die Höchstwerte des beginnenden 20. Jahrhunderts heranreicht, führt Piketty auf die entscheidende Rolle der Besteuerung von Kapital bzw. Kapitaleinkommen zurück. Im Hinblick auf die Dynamik von Ungleichheiten in der Kapitalverteilung ist überdies der Einfluss von Erbschaften im Kontext hoher Kapitalkonzentrationen ausschlaggebend, da somit bestehende Ungleichheiten verstärkt werden (Piketty 2014, S. 479–503). Mögliche Maßnahmen, um diese Entwicklungen zu unterbrechen, sind gemäß Piketty unter anderem die Reformierung der Sozialstaaten sowie die progressive Besteuerung von Kapital und Einkommen (Piketty 2014, S. 697). Abschließend betont Piketty die Notwendigkeit einer sozialwissenschaftlichen Vorgehensweise und einer verbundenen Untersuchung von ökonomischen und politischen Entwicklungen (Piketty 2014, S. 788–792).

Zusammenfassend wird die Bedeutung der historischen Analyse deutlich. Allerdings kann die Interpretation und Darstellung der Daten teilweise kritisch betrachtet werden. Diesbezüglich wird die Qualität und Zuverlässigkeit der Daten hinterfragt. Mängel in der Verwendung theoretischer und methodischer Grundlagen ergeben sich unter anderem durch die Vermischung von produktions- und verteilungstheoretischen Ansätzen. Zudem wird die politisch motivierte Argumentation des Werkes von Piketty hervorgehoben (Pierenkemper 2015, S. 127–128). In Bezug auf die Datenerhebung und die Zuverlässigkeit der Daten stellt Piketty selbst die Schwierigkeiten heraus. Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung handelt es sich beim Begriff Nationaleinkommen zum Beispiel um eine Konstruktion und eine Schätzung, sodass diese nicht als mathematische Gewissheit angesehen werden darf (Piketty 2014, S. 86–88). Darüber hinaus leistet das Werk von Piketty einen Beitrag zur Kritik, Reflexion und Weiterentwicklung vorherrschender Theorien

der Einkommens- und Vermögensverteilung. In diesem Zusammenhang ist die interdisziplinäre Herangehensweise bedeutsam, da sie soziale Phänomene berücksichtigt und die Verbindung der Ökonomie zu anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen verdeutlicht (Kapeller 2014, S. 329–330). Allerdings greift Piketty in seiner Untersuchung häufig auf konventionelle theoretische Grundlagen zurück, was durch die Fokussierung seiner Vorgehensweise auf den neoklassisch geprägten ökonomischen Mainstream erkennbar wird. In Bezug auf Verteilungsgesichtspunkte werden soziologische und alternative ökonomische Konzepte dementsprechend kaum berücksichtigt. Auffallend ist die unzureichende Ausführung der keynesianischen Theorie bezüglich der Wechselwirkungen zwischen geringen Wachstumsraten und einem steigenden Anteil der Kapitaleinkommen. Dessen ungeachtet werden im Hinblick auf zunehmende Ungleichheiten mögliche Ursachen und Auswirkungen umfangreich erläutert und das Potential wirtschaftspolitischer Maßnahmen verdeutlicht (Kapeller 2014, S. 337–343).

Somit wurden die Schwierigkeiten einer komplexen sozialwissenschaftlichen Vorgehensweise im Rahmen der empirischen Analyse unter Verwendung historischer Daten dargelegt. Des Weiteren wurde die Relevanz unterschiedlicher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Einflussfaktoren auf langfristige Entwicklungen von Ungleichheiten verdeutlicht.

## 4 Die Komplexität von Ungleichheiten

Im ersten Teil wurde die Herausbildung unterschiedlicher Verteilungsmodi im historischen Kontext dargestellt und die marktwirtschaftliche Verteilung als dominierender Modus identifiziert. In diesem Zusammenhang wurden bereits differierende Ansätze bezüglich der Einordnung des Ungleichheitsbegriffes erkennbar. Dementsprechend werden Ungleichheitsthemen in den verschiedenen ökonomischen Theorien unterschiedlich stark gewichtet, was im Rahmen wirtschaftspolitischer Handlungsempfehlungen nicht unproblematisch erscheint. In dieser Beziehung ist insbesondere der Umfang staatlicher Aktivitäten entscheidend, da sich im Rahmen der unterschiedlichen Theorien zugleich differierende Auswirkungen hinsichtlich der Entwicklung von ungleichen Verteilungen ergeben. Im Hinblick auf die Art und Weise des ökonomischen Denkens wurden weiterhin uneinheitliche Ansichten der verschiedenen Denkschulen in Bezug auf einen umfassenden Gegenstandsbereich und eines sich wandelnden Verständnisses über die historische Einordnung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung erläutert. Die interdisziplinäre Perspektive offenbart zudem verschiedenartige Dimensionen von Ungleichheiten, was am Beispiel der Einkommensverteilung durch die Verknüpfung von ökonomischen und sozialen Ungleichheiten verdeutlicht wurde. Die Messung von Ungleichheiten durch konventionelle Methoden, wie den Ginikoeffizienten, ergibt diesbezüglich ein undifferenziertes Bild, da sie maßgebliche Aspekte von Ungleichheiten nicht ausreichend darstellt und eine komplexe Analyse der unterschiedlichen Dimensionen von Ungleichheiten verhindert (Stiglitz 2012, S. 29; Piketty 2014, S. 322). Darüber hinaus ist die Rechtfertigung von Ungleichheiten in Verbindung mit dem Gerechtigkeitsbegriff sowohl aus soziologischer als auch aus ökonomischer Blickrichtung relevant. Aufgrund der Arbeitsteilung im Rahmen der kooperativen Erzeugung und Verteilung von Gütern verbunden mit der Knappheit von Ressourcen ergibt sich ein Verteilungskonflikt, welcher nur gelöst werden kann, wenn bestehende Verteilungsprinzipien und die daraus folgende Verteilung akzeptiert werden (Hadjar 2008, S. 35–36). Demgemäß sind unbegründete Ungleichheiten unter anderem in Hinblick auf das Leistungsprinzip problematisch, da dieses Prinzip eine der Grundlagen von demokratischen Gesellschaften darstellt (Piketty 2014, S. 13–14). Weitere Konflikte wurden anhand der verschiedenartigen und zum Teil

systemdestabilisierenden Wirkungen von nicht akzeptierten Ungleichheiten hervorgehoben. Die Schwierigkeiten einer gerechten Debatte in Bezug auf Ungleichheiten im Zusammenhang mit Verteilungsfragen und die Notwendigkeit einer sozialwissenschaftlichen Betrachtung wurden somit verdeutlicht.

Im zweiten Teil der Arbeit wurden die Einflussmöglichkeiten des Staates auf ungleiche Entwicklungen exemplarisch erörtert und gezeigt, dass sich somit Ungleichheiten verfestigen können. Demgegenüber können aufgrund der Auswirkungen ungleicher Einkommensverteilungen hinsichtlich sozialer und gesundheitlicher Entwicklungen teilweise auch staatliche Eingriffe notwendig werden. Weiterhin wurden ungleiche Einkommensverteilungen ursächlich mit sozialen und gesundheitlichen Problemen von Gesellschaften in Beziehung gesetzt. Im Kontext von ungleichen Vermögensverteilungen wurden zudem Wechselwirkungen mit langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen problematisiert. Dabei wurden unter anderem Schwierigkeiten im Rahmen der uneinheitlichen Herangehensweisen der verschiedenen Theorien aufgezeigt. In Verbindung mit einer kritischen Betrachtung der empirischen Untersuchungen ist daher eine formale Überprüfung und Auswertung der Datengrundlagen erforderlich. Ungeachtet dessen stößt die monodisziplinäre Betrachtung von bestimmten gesellschaftspolitischen Problemstellungen an ihre Grenzen (Jungert 2010, S. 8). Insbesondere im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Dimensionen von Ungleichheiten wurde veranschaulicht, dass die interdisziplinäre Vorgehensweise und die Berücksichtigung pluraler Theorien und Ansätze ein differenziertes Bild der Ungleichheitsthematik wiedergeben. Eine kooperative Bearbeitung durch die verschiedenen Disziplinen erscheint daher im Rahmen einer sozialwissenschaftlichen Analyse meiner Meinung nach sinnvoll und notwendig, um der Aktualität und der Brisanz der komplexen Ungleichheitsthematik gerecht zu werden.

## Literaturverzeichnis

- Bach, S. (2016). Warum hohe Steuern der Wirtschaft nicht schaden müssen. *Spiegel Online*. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/steuermythen-warum-hohe-steuern-der-wirtschaft-nicht-schaden-muessen-a-1109623.html> [Zugriff am 05.01.2017].
- Behringer, J., Theobald, T., & van Treeck, T. (2014). Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Eine makroökonomische Sicht. *IMK Report, 99*. Verfügbar unter: [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_99\\_2014.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_99_2014.pdf) [Zugriff am 02.01.2017].
- Blanchard, O., & Illing, G. (2009). *Makroökonomie* (5. Auflage). München: Pearson Studium.
- Dernbach, A. (2015). Ungleichheit schadet der Demokratie. *Der Tagesspiegel*. Verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/nichtwaehler-ungleichheit-schadet-der-demokratie/11412274.html> [Zugriff am 04.01.2017].
- Goebel, J., Grabka, M. M., & Schröder, C. (2015). Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch – junge Alleinlebende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht. *Wochenbericht des DIW Berlin, 25*, S. 571–586. Verfügbar unter: [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.508489.de/15-25-1.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.508489.de/15-25-1.pdf) [Zugriff am 31.12.2016].
- Hadjar, A. (2008). *Meritokratie als Legitimationsprinzip. Die Entwicklung der Akzeptanz sozialer Ungleichheit im Zuge der Bildungsexpansion*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hans-Böckler-Stiftung (2016a). Wieviel die Reichen sparen. *Böckler Impuls, 15*, S. 3. Verfügbar unter: [http://www.boeckler.de/Boeckler-Impuls\\_2016\\_15\\_Gesamtausgabe.pdf](http://www.boeckler.de/Boeckler-Impuls_2016_15_Gesamtausgabe.pdf) [Zugriff am 07.01.2017].
- Hans-Böckler-Stiftung (2016b). Ungleichheit kostet Wohlstand. *Böckler Impuls, 13*, S. 7. Verfügbar unter: [http://www.boeckler.de/Boeckler-Impuls\\_2016\\_13\\_gesamt\\_ausgabe.pdf](http://www.boeckler.de/Boeckler-Impuls_2016_13_gesamt_ausgabe.pdf) [Zugriff am 07.01.2017].
- Hein, E. (2004). *Verteilung und Wachstum. Eine paradigmensorientierte Einführung unter besonderer Berücksichtigung der post-keynesianischen Theorie*. Marburg: Metropolis.
- Helfert, M. (1974a). Zur Kritik des Leistungsprinzips. *WSI-Mitteilungen, 27 (1)*, S. 2–16.

- Helfert, M. (1974b). Leistungsprinzip, Arbeitsbewertung und Arbeitswissenschaft. *WSI-Mitteilungen*, 27 (6), S. 224–237.
- ISIPE (2014). *International Student Initiative for Pluralism in Economics*. Verfügbar unter: <http://www.isipe.net/home-de> [Zugriff am 02.01.2017].
- Jäger, J., & Springler, E. (2013). *Ökonomie der internationalen Entwicklung. Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre* (2. Auflage). Wien: Mandelbaum.
- Jungert, M. (2010). Was zwischen wem und warum eigentlich? Grundsätzliche Fragen der Interdisziplinarität. In M. Jungert, E. Romfeld, T. Sukopp & U. Voigt (Hrsg.), *Interdisziplinarität. Theorie, Praxis, Probleme* (2. Auflage), S. 1–12. Darmstadt: WBG.
- Kapeller, J. (2014). Die Rückkehr des Rentiers. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 40 (2), S. 329–346.
- Krämer, H. (2011). Die Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung und ihrer Einflussfaktoren in ausgewählten Industrieländern 1960-2010. *IMK-Study*, 1. Verfügbar unter: [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_study\\_1\\_2011.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_1_2011.pdf) [Zugriff am 06.01.2017].
- Kuhn, T. S. (1973). *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lin, K.-H. (2015). How Sociologists Think About Inequality. *Institute for New Economic Thinking*. Verfügbar unter: <https://www.ineteconomics.org/perspectives/blog/how-sociologists-think-about-inequality> [Zugriff am 04.01.2017].
- Lorenz, H. (2014). Was an Pikettys Thesen dran ist – und was nicht. *Agenda Austria*. Verfügbar unter: [https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/110465/1/Agenda%20Austria\\_Piketty.pdf](https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/110465/1/Agenda%20Austria_Piketty.pdf) [Zugriff am 22.01.2016].
- Mankiw, N. G. (2004). *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre* (3., überarbeitete Auflage). Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Mankiw, N. G. (2015). *Principles of Economics* (7<sup>th</sup> Edition). Stamford: Cengage Learning.
- Mazzucato, M. (2014). *Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum*. München: Kunstmann.
- OECD (2011). Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising. *Organisation for Economic Co-operation and Development*. Verfügbar unter: <http://www.oecd.org/els/soc/49170768.pdf> [Zugriff am 04.01.2017].

- Petersen, T. (2012). Muster des Wertewandels. In K. Horn & G. Schwarz (Hrsg.), *Der Wert der Werte. Über die moralischen Grundlagen der westlichen Zivilisation*, S. 137–151. Zürich: Neue Zürcher Zeitung.
- Pierenkemper, T. (2012). *Geschichte des modernen ökonomischen Denkens. Große Ökonomen und ihre Ideen*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Pierenkemper, T. (2015). *Wirtschaftsgeschichte. Die Entstehung der modernen Volkswirtschaft* (2., überarbeitete und aktualisierte Auflage). Berlin: De Gruyter.
- Piketty, T. (2015). *Das Kapital im 21. Jahrhundert* (7. Auflage). München: Beck.
- Piketty, T. (2015). *The Economics of Inequality* (2<sup>nd</sup> Edition). Cambridge, MA: The Belknap Press of Harvard University.
- Plickert, P. (2016). Angriff auf den Ökonomen-Mainstream. *Frankfurter Allgemeine*. Verfügbar unter: [http://www.faz.net/aktuell/beruf-chance/campus/vwl-angriff-auf-den-oekonomen-mainstream-14543865-p2.html?printPageArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/beruf-chance/campus/vwl-angriff-auf-den-oekonomen-mainstream-14543865-p2.html?printPageArticle=true#pageIndex_2) [Zugriff am 04.01.2017].
- Reuter, N. (2007). *Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen*. Marburg: Metropolis.
- Rosner, P. (1982). *Arbeit und Reichtum. Ein Beitrag zur Geschichte ökonomischer Theorie*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Rosner, P. (2012). *Die Entwicklung ökonomischen Denkens. Ein Lernprozess*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schlicht, E. (1976). *Einführung in die Verteilungstheorie*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Sen, A. (1975). *Ökonomische Ungleichheit*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Spannagel, D. (2015). Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück. *WSI Report*, 26. Verfügbar unter: [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_wsi\\_report\\_26\\_2015.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_26_2015.pdf) [Zugriff am 02.01.2017].
- Stiglitz, J. E. (2012). *The Price of Inequality. How Today's Divided Society Endangers Our Future*. New York: W.W. Norton & Company.
- Swedberg, R. (2009). Grundlagen der Wirtschaftssoziologie. In A. Maurer & U. Schimank (Hrsg.), *Wirtschaft + Gesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- van Treek, T. (2014). Inequality and the Future of Capitalism. *Institute for New Economic Thinking*. Verfügbar unter: <https://www.ineteconomics.org/perspectives/blog/inequality-and-the-future-of-capitalism> [Zugriff am 02.01.2017].

Wilkinson, R., & Pickett, K. (2012). *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind* (4. Auflage). Berlin: Tolkemitt.



